



ANHÖ- NÉMET NYELVŰ HETI HÍRÖSSZEFOGLALÓ

21. hét

2018.05.22.

ZUSAMMENFASSUNG

- An die Spitze sämtlicher Ministerien gelangten in der IV. Orbán-Regierung Politiker, die imstande sind, die vor ihnen liegenden Aufgaben zu bewältigen. Die ungarische Regierung wird durch insgesamt 13 Minister und Ministerpräsident Viktor Orbán gebildet.
- Die Teilnehmer des EU-Gipfeltreffens der vergangenen Woche beschäftigte in erster Linie der Fragenkomplex der Integration des Westbalkans. Auf dem Treffen gelang es nicht wirklich, Fortschritte hinsichtlich der europäischen Integration der Staaten dieser Region zu erzielen.
- Das Finanzministerium verfügt innerhalb der neuen Regierungsstrukturen über ein eingegrenztes, aber rationaleres Spektrum an Aufgaben und Befugnissen. Mihály Varga führt auch weiterhin das Ressort und leitet ebenso wie bisher das Volkswirtschaftliche Kabinett.
- Das durch László Palkovics geleitete, erstmals in der ungarischen Politikgeschichte eingerichtete Ministerium für Innovationen und Technologien wird sich auf strategisch relevante Gebiete konzentrieren.
- Die Jobbik hat einen neuen Parteivorsitzenden gewählt: Es kann sehr wahrscheinlich davon ausgegangen werden, dass die gemäßigte politische Ausrichtung Bestand hat. Innerhalb der MSZP kann im Juni ein strategischer Wandel erfolgen: Entweder beginnen die Sozialisten, ihren eigenständigen Auftritt zu stärken, oder es könnte zur Bildung einer geschlossenen Plattform der Linken kommen.
- Ungarn ebenso wie die V4-Kooperation sind im Kreis der Bevölkerung Mitteleuropas populär.

REGIERUNGSMELDUNGEN

DIE NEUE REGIERUNG WURDE AUCH IM RECHTLICHEN SINNE GEBILDET

Am 18. Mai legten die Minister der neuen Regierung ihren Eid ab. Den Erwartungen entsprechend wurde eine Expertenregierung gebildet, indem an die Spitze der strategisch relevanten Ministerien Politiker gelangten, die mit dem betreffenden Ressort bestens vertraut sind und somit ihre Aufgabe restlos wahrnehmen können.

Aufgabe des Leiters des Ministeriums für Humanressourcen, Miklós Kásler, wird es sein, die Strukturen des auch weiterhin mit weitgefächerten Befugnissen ausgestatteten Ministeriums zu überschauen, zusammenzufassen und abgestimmt zu leiten – auf diese Anforderungen dürfte der durch den Ministerpräsidenten benutzte Ausdruck des „Renaissance-Manns“ verweisen. Des Weiteren dürfte diese Aufgabe auch die Umsetzung der schon in der Antrittsrede des Ministerpräsidenten in Aussicht gestellten Gesundheitsreform einschließen. Justizminister László Trócsányi wird ausgehend von den Worten des Ministerpräsidenten arbeitsintensive Jahre vor sich haben, denn in den nächsten vier Jahren wird er sich nicht allein in Belangen von Rechtsinterpretationen in Verbindung mit der Europäischen Union beweisen müssen, sondern im Verlauf der Feinabstimmung der Funktionsweise des nach 2010 ausgestalteten Systems des öffentlichen Rechts innenpolitische Schlachten zu schlagen haben.

Eine Neuigkeit bezüglich der Regierungsstruktur ist die Zweiteilung des früheren Volkswirtschaftsministeriums. Neben der Einrichtung des über einen beschränkteren Wirkungsbereich verfügenden Finanzministeriums deutet die Positionierung des neuen Ministeriums für Innovationen und Technologien als eigenständiges Regierungsorgan ein Überdenken der Verteilung der zusammengefassten Aufgabenbereiche innerhalb der Regierung an. Die nächste anstehende Aufgabe des Finanzministers wird die Ausarbeitung des Haushaltsentwurfs sein, welchen die Regierung dem Parlament schon in einem Monat vorlegen möchte.

AUSSENPOLITIK UND AUSSENWIRTSCHAFT

UNGARN UNTERSTÜTZT DIE EUROPÄISCHE INTEGRATION DES WESTBALKANS

15 Jahre nach der Ausrichtung der ersten Westbalkankonferenz kam es am 17. Mai in Sofia zum Gipfeltreffen EU-Westbalkan. Bulgarien drängte als Vorsitzender des Ministerrates der EU mittels Organisation des Gipfels auf eine beschleunigte Integration des Westbalkans. Die Frage der EU-Erweiterung spaltet jedoch die Mitgliedstaaten. Ungarn vertritt dabei den Standpunkt einer möglichst raschen Erweiterung.

Aktuell wünschen vier Länder des Westbalkans mit dem Status von Beitrittskandidaten den Beitritt zur Europäischen Union: Albanien, Mazedonien, Montenegro und Serbien. In der günstigsten

politischen und wirtschaftlichen Lage sowie hinsichtlich der Integrationsbestrebungen befinden sich Mazedonien und Serbien, deren EU-Beitritt durchaus schon 2025 zustande kommen könnte. Die Wartezeit für die weiteren Länder auf dem Westbalkan könnte jedoch deutlich länger ausfallen, nachdem es in Sachen Erweiterungspolitik keine Einigkeit zwischen den Mitgliedstaaten gibt. Der frühere EU-Kommissar Günter Verheugen bezeichnete die Erweiterung um den Westbalkan als „unpopulär“ innerhalb der Europäischen Union.

Die in der Frage der Erweiterung bezogenen Standpunkte lassen sich allerdings nicht verallgemeinern: Ungarn hat ebenso wie die anderen Visegrád-Staaten sowie Länder der weiter gefassten Region Mitteleuropas eine rasche Integration begrüßt. Im Gegensatz hierzu möchten die für eine vertiefte Integration innerhalb der EU eintretenden westeuropäischen Politiker die Länder der Region kurzfristig nicht als Mitglieder in der Gemeinschaft sehen. Den Grund hierfür sehen viele Beobachter darin, dass die europäische politische Elite ermüdet ist, wobei dies freilich nicht der Hauptgrund für die an den Tag gelegte Vorsicht ist. Es geht weitaus mehr darum, dass die durch die Migrationskrise betroffenen Staaten des Westbalkans im Falle ihrer eventuellen Aufnahme in die Gemeinschaft deren Vertiefung – und damit die Idee von einem föderativen Europa, das über den Nationalstaaten steht – ablehnen würden. Auf diese Weise würde das Lager der Sympathisanten für den Standpunkt Mitteleuropas und damit das politische Gewicht dieser Region auf eine dem Westen nicht genehme Weise erstarken.

UNGARN UNTERSTÜTZT EINE EUROPÄISCHE UNION DER ZWISCHENSTAATLICHEN ENTSCHEIDUNGEN UND AUF DER BASIS DER NATIONALSTAATEN

Die Visionen von Viktor Orbán und Emmanuel Macron hinsichtlich der Europäischen Union basieren auf fundamentalen Abweichungen ihrer Anschauungen, welche die Politik des alten Kontinents determinieren. Der ungarische Regierungschef erläuterte, Ungarn brauche Europa ebenso, wie Europa Ungarn brauche. Der französische Staatspräsident wiederum kritisierte genau jene Nationalstaaten, die engagierte Verfechter eines Europas der Nationalstaaten sind.

Ungarns Europapolitik wird im kommenden Regierungszyklus keine grundlegende Veränderung erfahren. Zum einen muss nach dem ungarischen Standpunkt der Kreis der auf Einstimmigkeit basierenden zwischenstaatlichen Entscheidungsmechanismen in Zukunft noch erweitert und nicht eingeschränkt werden, zum anderen können sensible Fragen wie der Umgang mit der Migration und die Belange verbindlicher Ansiedlungsquoten von Flüchtlingen nicht Gegenstand von Kompromissen sein. Aus diesem Grunde muss sehr wahrscheinlich in den folgenden Jahren mit harten diplomatischen und außenpolitischen Auseinandersetzungen gerechnet werden. Mit den schwersten Zusammenstößen darf hinsichtlich der Verteilungsprinzipien beim nächsten Finanzrahmen der Europäischen Union und der Akzeptanz einer Neuordnung der Fördertöpfe gerechnet werden. Das Ministerium für Außenwirtschaft und Auswärtiges von Péter Szijjártó wird deshalb ähnlich wie schon in den vorangegangenen Jahren als ein Gebiet von strategischer Bedeutung innerhalb der

Regierungsarbeit betrachtet, was noch durch den Umstand erhärtet wird, dass das „Informationsamt“ (einer der Nachrichtendienste) wieder dem Außenressort unterstellt wird.

WIRTSCHAFTSPOLITIK

FINANZMINISTER MIHÁLY VARGA STELLTE DIE ZIELE DER WIRTSCHAFTSPOLITIK VOR

Die Nominierung von Mihály Varga als Minister wurde nach seiner Anhörung durch den Wirtschaftsausschuss des Parlaments mit 10 Ja-Stimmen bei 2 Nein-Stimmen und 2 Enthaltungen gebilligt. Der die Leitung des Finanzministeriums wahrnehmende Politiker wird für ein Ressort verantwortlich sein, dessen Aufgabenbereich enger als früher gefasst ist, aber strategische Relevanz besitzt. Die durch den Minister in den früheren Jahren erbrachte Leistung gewann Anerkennung beim Umbau des integrierten Volkswirtschaftsministeriums ebenso wie in Form seiner Ernennung zum Stellvertretenden Ministerpräsidenten.

Im ersten Quartal 2018 erreichte das Wirtschaftswachstum saisonal bereinigt 4,7 Prozent, womit sich jener Wachstumstrend fortsetzte, der die durch Mihály Varga in den jüngsten Jahren erbrachte Leistung zusätzlich legitimiert. Antriebsfeder der Konjunktur war im ersten Quartal der Dienstleistungssektor, wobei auch dem Tourismus eine große Rolle zukam. Ausgehend von den Aussagen des in Zukunft unter anderem für den Tourismus zuständigen Ministers Antal Rogán bei seiner Anhörung vor dem Parlamentsausschuss lautet eine Zielstellung der Regierung, den Anteil der Tourismusbranche am ungarischen BIP von derzeit 10 Prozent bis 2030 auf 16 Prozent hochzuschrauben. Mihály Varga stellte zugleich die wichtigsten wirtschaftlichen Zielstellungen in der neuen Legislaturperiode vor (arbeitsbasierte Gesellschaft, fortgesetzte Rationalisierung des Steuersystems, verbesserte Wettbewerbsfähigkeit, Finanzstabilität und berechenbares Bankensystem).

Nicht zuletzt dank des günstigen wirtschaftspolitischen Umfeldes rechnet die Regierung im Zyklus 2018-2022 Jahr für Jahr mit einem BIP-Zuwachs um mindestens 4 Prozent. Was die Haushaltsdisziplin anbelangt, plant die Regierung mit einem jährlich sinkenden Defizit, welche Zielstellung im Konvergenzprogramm wie folgt niedergelegt wurde: Für 2018 ist ein Defizit von 2,4 Prozent am BIP vorgesehen, für 2019 von 1,8 Prozent, für 2020 von 1,5 Prozent, für 2021 von 1,2 Prozent und für 2022 schließlich ein praktisch mit Nullsaldo geplanter Staatshaushalt. Die am BIP gemessenen Staatsschulden werden weiter sinken, wobei die strategische Zielstellung lautet, auch die nominalen Staatsschulden zu reduzieren. Vorläufig sind die Bemühungen jedoch darauf gerichtet, den Schulden auf dem Wege einer starken Wirtschaftsleistung zu „entwachsen“.

Was die anliegenden Veränderungen auf dem Gebiet der Steuerpolitik betrifft, lässt sich zu diesen sagen, dass sie in erster Linie einer Vereinfachung des Steuersystems dienen sollen, um die Umsetzung früher definierter Zielstellungen hinsichtlich des Lebensniveaus voranzubringen. Auf Gebieten, wo die Abzüge im Übrigen schon heute niedrig ausfallen, sind keine weiteren Nachlässe

vorgesehen – mit Ausnahme einer eventuellen neuerlichen Senkung der Einkommensteuer. In diesem Sinne bleibt der Einheitssatz von neun Prozent in der Körperschaftsteuer beispielsweise erhalten, bei dem es sich um den niedrigsten Wert innerhalb der Europäischen Union handelt.

LÁSZLÓ PALKOVICS STELLTE DAS PROFIL DES NEUEN RESSORTS VOR

Das neue Ministerium verfügt über ein breites Portfolio und wird bei der Unterstützung der Unternehmen sowie der Entwicklung von Innovations-Kapazitäten über die Universitäten eine herausragende Rolle einnehmen. Der Leiter des neuen Ressorts hält es für wichtig, dass die Unternehmen im ungarischen Eigentum in die Lage versetzt werden, eine hohe Wertschöpfung zu generieren.

László Palkovics wurde bei der Anhörung im Parlamentsausschuss mit 6 Ja- bei 4 Nein-Stimmen als Minister für Innovationen und Technologien gebilligt. In dem neuen Ministerium werden fünf Staatssekretariate aufgestellt. Nach Ansicht des Leiters des Ministeriums sei es wichtig, dass die im ungarischen Eigentum befindlichen Unternehmen eine hohe Wertschöpfung realisieren. 97 Prozent der hierzulande eingetragenen Unternehmen befinden sich im ungarischen Eigentum, welche Unternehmen 75 Prozent aller Arbeitnehmer beschäftigen; dessen ungeachtet repräsentieren die verbleibenden 3 Prozent der multinationalen Unternehmen eine höhere Wertschöpfung. Eine Steigerung der Wettbewerbsfähigkeit des Sektors der Klein- und mittelständischen Unternehmen (KMU) sieht László Palkovics auf dem Wege sinkender steuerlicher und administrativer Belastungen, wobei für die Entwicklung der Innovationen auch die Universitäten gefördert werden müssten. Mittels Anwendung moderner Technologien lässt sich die Produktivität der Unternehmen steigern. Der Minister betonte, dass die im ungarischen Eigentum befindlichen Mikro-, Klein- und mittelständischen Unternehmen 80 Prozent der Fördermittel der Europäischen Union erhalten werden.

Die Förderung der Unternehmen und Senkung der Steuerlasten finden sich auch in den Plänen von Mihály Varga. Wir dürfen somit sicher sein, dass sich die Regierung im anstehenden Zyklus außerordentlich mit den Unternehmen befassen wird. Mittels Senkung der administrativen Lasten, Abgabensenkungen sowie Steuersenkungen ließe sich die Entwicklung des KMU-Sektors in der Zukunft stimulieren.

PARTEIPOLITIK

NEUE FÜHRUNGEN BEI DEN OPPOSITIONSPARTEIEN

Tamás Sneider wurde durch die Delegierten des Jobbik-Kongresses zum neuen Parteivorsitzenden gewählt. Die Neuwahl bei der Jobbik wurde erforderlich, weil Gábor Vona noch am Wahlabend seinen Rücktritt von dem bis dato durch ihn bekleideten Amt erklärte. Die Wahl des neuen Vorsitzenden

zeigte, dass die divergierenden ideologischen Ansichten der im politischen Sinne über gleichgroße Lager verfügenden Kandidaten in der Zukunft schwere interne Spannungen verursachen könnten. Im Juni wählt auch die MSZP einen neuen Vorstand, wo der Wettlauf der sechs Parteiplattformen um die wichtigsten Positionen in der Partei begonnen hat.

Tamás Sneider erhielt bei der Wahl des Parteivorsitzenden auf dem Sonderkongress der Jobbik 298 Stimmen, sein Herausforderer László Toroczkai 256 Stimmen. Der knappe Wahlausgang zeigte in der Praxis an, dass die Partei in der Zukunft längs der zwei politischen Hauptausrichtungen eine Spaltung erleben könnte. Diese Trennung könnte durchaus bereits in den nächsten Wochen eintreten, nachdem die Führung unter Sneider die gesellschaftliche Basis der Jobbik auf dem Wege des 2015 eingeschlagenen Politisierens in Richtung einer Volkspartei auszuweiten wünscht, wohingegen die Gruppe um Toroczkai zu den Ursprüngen der radikalen Ausrichtung zurückkehren will. Ebenso klar zeigt sich, dass Gábor Vona einen schwerwiegenden strategischen Fehler beging, als er sein Parlamentsmandat nicht aufnahm. In der gegenwärtigen angespannten Lage könnten sich nämlich künftig Möglichkeiten für seine Person ergeben, aus der Position eines Beraters zurückzukehren. Für den früheren Parteivorsitzenden könnte sich eine neue Lage dadurch ergeben, wenn die Spannungen zwischen der neuen Parteiführung und den Mitgliedern den Betrieb der Partei in einer Weise lähmen sollten, dass es tatsächlich zu der oben erwähnten Spaltung kommt. Wenngleich der jetzt gewählte Vorsitzende und dessen Stellvertreter (Márton Gyöngyösi, der gleichzeitig die Fraktion führt) als Befürworter der Vona-Strategie anzusehen sind, finden sich unter den sechs Vize-Vorsitzenden Vertreter, die früher selbst in der im breiteren Sinne gefassten Öffentlichkeit das veränderte politische Erscheinungsbild der Partei scharf kritisierten. János Volner, István Apáti und Frau Hegedűs stärken ebenfalls das Lager der früheren Kritiker.

Bei den Sozialisten wurden in jüngster Zeit ungezählte Aspiranten für den Posten des Parteivorsitzenden ins Spiel gebracht: So gelten Ágnes Kunhalmi, Bertalan Tóth, Gábor Bródy, Attila Mesterházy und Tibor Szanyi als chancenreich. Die wichtigste Stimmenbasis der Person des Vorsitzenden dürften die MSZP-Plattformen ergeben. Davon ausgehend ist die Kandidatur von Ágnes Kunhalmi und Attila Mesterházy nicht überraschend, leitet Kunhalmi doch die Plattform der „Vereinigung für die Sozialdemokratischen Werte“ und ist Mesterházy Vorsitzender der Plattform „Dritte Welle“. Die durch die Kandidaten vertretenen Ausrichtungen weichen voneinander ab, und zwar weniger in fachpolitischer Hinsicht, als eher im ideologischen Sinne. Das eventuelle Antreten von Ágnes Kunhalmi um den Parteivorsitz könnte die Verwirklichung eines Szenarios der Übereinkunft mit sich bringen. Die Wahlkampfleiterin der Sozialisten in Budapest hatte wiederholt auf das Zustandekommen der politischen Alternative einer einheitlichen Linken verwiesen, worunter sie das Aufstellen gemeinsamer Kandidaten mit DK-MLP-Párbeszéd-Együtt und eine entsprechende Zusammenarbeit dieser Parteien verstand. Noch ungeklärt ist derweil die strategische Frage der Zusammenarbeit mit der Jobbik. Attila Mesterházy hat zwar in diesen Fragen noch nicht Stellung bezogen, doch dürfte die erstrangige Zielstellung des früheren Parteivorsitzenden darin bestehen, das eigenständige Gesicht der Sozialisten und ihr Image wiederherzustellen. Mesterházy erscheint

wegen seiner starken Positionen innerhalb der Partei als geeigneter Kandidat, um dieses Amt erneut zu besetzen. Für Ágnes Kunhalmi spricht derweil,

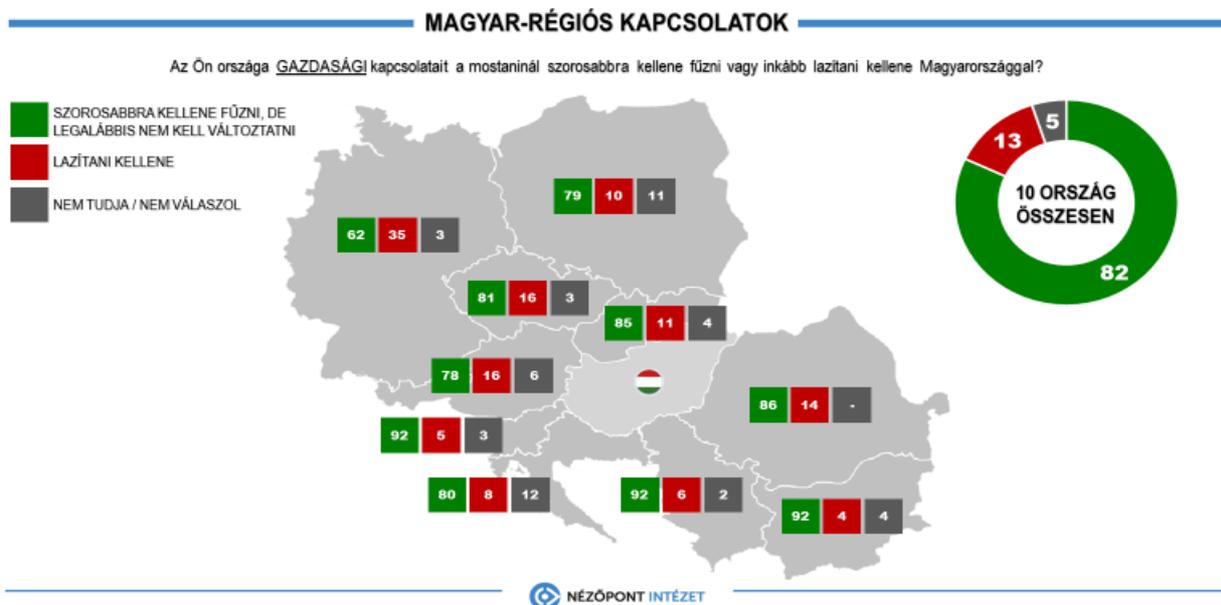
- dass Mesterházy zwischen 2010 und 2014 bereits Parteivorsitzender war, und am Ende seines vierjährigen Mandats die Zweidrittelmehrheit von Fidesz-KDNP stand,
- dass die Plattform der „Dritten Welle“ wenige Mitglieder besitzt, die über Einfluss innerhalb der Partei verfügen, was die Positionen von Mesterházy ebenfalls schwächt,
- während sie als Leiterin des Wahlkampfes in Budapest mehrere Wahlkreise vorzeigen kann, in denen die Opposition 2018 Siege erzielen konnte, was ihre eigenen Kompetenz zur Führung der Partei legitimieren dürfte.

Tibor Szanyi hat sowohl Kunhalmi als auch Bertalan Tóth harten Kritiken unterzogen und weiterhin für seine eigene Eignung plädiert. Der für die MSZP im Europaparlament sitzende Politiker strebt das Amt des Parteivorsitzenden aus taktischen Überlegungen an.

NACHRICHTEN, DIE BEACHTUNG VERDIENEN

REGIONALE KOOPERATIONEN NACH DEM VORBILD DER V4 DÜRFTEN IN MITTELEUROPA EINE BEDEUTENDE GESELLSCHAFTLICHE UNTERSTÜTZUNG FINDEN

Aus einer repräsentativen Meinungsumfrage des Nézópont-Instituts in elf Ländern geht hervor, dass die Mehrheit der befragten Bürger regionale Partnerschaften der Art unterstützen würde, welche auf der gegenseitigen Achtung der nationalen Souveränität und einer Stärkung der wirtschaftlichen Dimensionen beruhen. Der Erfolg des V4-Modells wirkt sich auf die Ausgestaltung künftiger Kooperationen zwischen den Ländern Mitteleuropas aus.



Beziehungen zwischen Ungarn und der Region

Sollte Ihr Land seine wirtschaftlichen Beziehungen zu Ungarn enger als bisher gestalten, oder diese eher lockern?

Die Beziehungen sollten enger, aber zumindest nicht lockerer sein.

Sie sollten gelockert werden.

Keine Meinung/ keine Antwort.

Die 10 Länder insgesamt

Die wichtigsten Lehren aus dieser Meinungsumfrage sind wie folgt:

- Knapp zwei Drittel der Mitteleuropäer würden die regionale Partnerschaft noch stärken. Von der Zusammenarbeit im Rahmen der V4 haben unter den Tschechen, Polen, Ungarn und Slowaken durchschnittlich acht von zehn Befragten gehört, wobei knapp zwei Drittel (65%) die Kooperation der vier Länder als wichtig erachten.
- Durchschnittlich 78% der Befragten in der Region Mitteleuropas würden die politischen Beziehungen noch stärken oder wenigstens auf dem bisherigen Niveau halten, welcher Anteil in Bezug auf die wirtschaftlichen Beziehungen 82% erreicht.
- Die Bewohner der Länder in der Region sprechen sich auch weiterhin für eine Mitgliedschaft in der Europäischen Union aus (im Kreis der Befragten durchschnittlich 75%). Drei Viertel (74%) der Befragten lehnen eine Einwanderung von außerhalb Europas ab, zwei Drittel (65%) meinten, Europa müsse mit seiner christlich-kulturellen Prägung bewahrt bleiben, drei Fünftel (60%) würden das eventuelle Zustandekommen der Vereinigten Staaten von Europa ablehnen.

Die Beurteilung Ungarns in der Region hat in den letzten Jahren eine eindeutige Aufwertung erfahren. Die Bürger der betreffenden Mitgliedstaaten der Befragung in Mitteleuropa würden die bilateralen und multilateralen Beziehungen mit Ungarn sowohl in politischer als auch in wirtschaftlicher Hinsicht stärken. Die Stärkung des wirtschaftlichen Aspekts der Zusammenarbeit hat auch Ministerpräsident Viktor Orbán in seiner Antrittsrede zur Amtseinführung betont. Abgesehen vom Ausbau einer mitteleuropäischen Wirtschaftsregion ist es auch aus diesem Gesichtspunkt relevant, dass den ungarischen Regierungschef seine erste offizielle Auslandsreise nach Warschau führte, wo er den polnischen Ministerpräsidenten Mateusz Morawiecki traf. Dieses Treffen und die enge Zusammenarbeit dieser beiden Nationalstaaten bieten eine gute Basis, um die wirtschaftliche Dimension gegenseitig zu vertiefen.